

[▲ zurück](#)

Streit um Sperrzeiten: Ein Fonds zur Unterstützung von Anwohner-Klagen?



Besonders bei milden Temperaturen ist die Untere Straße bei Nachtschwärmern ein beliebter Treffpunkt. Foto: Rothe

Von Holger Buchwald

WEITERE ARTIKEL ZUM THEMA

- [Sperrzeiten in der Heidelberger Altstadt: Wirte gehen auf Anwohner zu](#)
- ["So lange die Kneipen geöffnet haben, ist in der Altstadt immer Lärm"](#)
- [Die Sperrzeitregelung für die Innenstadt soll fallen](#)
- [Sperrzeiten in der Altstadt: Die Mehrheit will das Maximum](#)
- [Die Landesregierung streitet um längere Sperrzeiten](#)
- [Sperrzeiten in der Altstadt: Kommt der 1-3-5-Kompromiss?](#)

Der Ton im Streit um die Kneipenöffnungszeiten in der Altstadt wird kurz vor der heutigen Gemeinderatssitzung rauer. Sollten die Stadträte tatsächlich die Sperrzeitverordnung für die Innenstadt kippen, werde ein Fonds zur finanziellen Unterstützung derjenigen Anwohner aufgelegt, die gegen einzelne Wirte oder die Stadtverwaltung klagen wollen. Das kündigte Karin Werner-Jensen, Vorsitzende des Vereins Alt-Heidelberg und eine der Gründerinnen der Initiative "Leben in der Altstadt", an.

"Wir appellieren an den neuen Gemeinderat, die Sperrzeiten in der Altstadt zu verlängern oder wenigstens der Verwaltungsvorlage zuzustimmen", so Werner-Jensen. Bisher müssen die Gaststätten in der gesamten Altstadt werktags um 2 Uhr morgens und am Wochenende um 3 Uhr schließen. Der städtische Entwurf sieht vor, dass die Kneipen unter der Woche nur noch bis 1 Uhr geöffnet haben dürfen, samstags und sonntags bliebe alles beim Alten. Doch mittlerweile ist eine große

Mehrheit der Stadträte dafür, die gesonderten Sperrzeiten für die Altstadt ganz abzuschaffen. Dann würde in ganz Heidelberg die Landesregelung gelten. Das heißt, schon ab 1. Januar dürften die Gäste bis um 3 und 5 Uhr bewirtet werden.

Weil ein Ehepaar aus der Kettengasse klagte, verpflichtete sich die Stadtverwaltung in einem vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg geschlossenen Vergleich, ein Lärmgutachten in Auftrag zu geben und auf dieser Grundlage eine neue Sperrzeitverordnung für die Heidelberger Altstadt auszuarbeiten. Daher wäre eine vollständige Liberalisierung der Kneipenöffnungszeiten für Werner-Jensen eine "unverständliche Ignoranz gegenüber dem Verwaltungsgerichtshof" und eine "hohe Missachtung gegenüber dem Oberbürgermeister und seiner Verwaltung". Bedauerlich sei auch, dass inzwischen Bürger auf eigene Kosten geltendes Recht - nämlich die Einhaltung der in der TA Lärm vorgegebenen Richtwerte - einklagen müssten.

"Nicht einmal zehn Kneipen, also rund fünf Prozent aller Gaststätten in der Altstadt gefährden den Ruf der gesamten Gastronomie", glaubt Werner-Jensen. Selbst Hoteliers hätten sich bereits an den Verein Alt-Heidelberg gewandt, weil sie ihre lauten Zimmer nicht mehr vermieten könnten. Auch die Polizei beklage, dass längere Öffnungszeiten zu höherem Alkoholkonsum und mehr Schlägereien führten. "Wozu sollen sich die Bürger überhaupt beteiligen, wenn die Politik sie vollständig ignoriert?", fragt Werner-Jensen: "Wo sind all die Stadträte, die noch bis vor Kurzem die Anwohner unterstützt und die bestehenden Öffnungszeiten verteidigt haben?" Besonders ärgert sich die Vorsitzende von Alt-Heidelberg über ihre eigene Partei, die SPD, für die sie bis Mai selbst im Gemeinderat saß.

Die "Bunte Linke" beantragt unterdessen, dass die Entscheidung über die Sperrzeiten vertagt wird. Denn andernfalls wiederhole der Gemeinderat den vom VGH kritisierten "Rechtsfehler", dass die Kneipenöffnungszeiten ohne Tatsachengrundlage geändert werden. Die Folge wären Klagen gegen einzelne Wirte. Der Verein Alt-Heidelberg hat laut Werner-Jensen bereits mit Geldgebern gesprochen, die die Anwohner im Falle eines Rechtsstreits unterstützen wollen.



[▲ Nach oben](#)